

Einladung

Mitglieder des Hauptausschusses

Ministerin und Chefin der Staatskanzlei

Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (zu TOP 1)

Ministerium des Innern und für Kommunales (zu TOP 4)

nachrichtlich: Direktor des Landtages
Geschäftsstellen der Fraktionen
Präsident des Landesrechnungshofes
Landesbeauftragte für den Datenschutz und
für das Recht auf Akteneinsicht
Rat für Angelegenheiten der Sorben/Wenden

**23. (öffentliche) Sitzung
des Hauptausschusses
Mittwoch, den 12. Mai 2021
11.00 Uhr
Plenarsaal (Livestream)**

Landtag Brandenburg
Alter Markt 1
14467 Potsdam

Tagesordnung (Entwurf):

- 1. Studie zu aktuellen Lebenslagen von Menschen aus dem Land Brandenburg, die in der SBZ/DDR politisch verfolgt wurden oder Unrecht erlitten und deren mitbetroffenen Familien (Sozialstudie)**

Anhörung

- 2. Volksinitiative "Keine Geschenke den Hohenzollern"**
Schreiben von: Präsidentin des Landtages vom 08.02.2021

Abschließende Beratung (Erarbeitung einer Beschlussempfehlung)

- 3. Gesetz zum Ersten Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages über die gemeinsame Berufsvertretung der Psychologischen Psychotherapeuten und der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten**
Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 7/3376 vom 14.04.2021

Beratung (ggf. abschließend)

- 4. Bericht der Landesregierung gemäß § 17a des Brandenburgischen Ministergesetzes zur Anwendung von Karenzzeiten für ehemalige Mitglieder der Landesregierung**
Bericht der Landesregierung - Drucksache 7/3273 vom 24.03.2021

Beratung

- 5. Information über die Kabinetttbefassung zum Strategischen Gesamtrahmen Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg**

Grundlagentext Strategischer Gesamtrahmen Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg vom 28.09.2020

Bericht der Staatskanzlei

- 6. Stand Brandenburgs im Lobbyranking nach Transparency Deutschland und Möglichkeiten der Verbesserung - Erörterung der bestehenden Defizite und Verständigung über Maßnahmen (auf Antrag der Fraktion BVB/FW)**

Beratung

7. Umsetzung der Förderung lokaljournalistischer Angebote (auf Antrag der Fraktion DIE LINKE)

Bericht der Staatskanzlei

8. Situation der Freien nach der Verschiebung des rbb-Staatsvertrages (auf Antrag der Fraktion DIE LINKE)

Beratung

9. Stellung des Städte- und Gemeindebundes als Anzuhörender in Gesetzgebungsverfahren (auf Antrag der Fraktion BVB/FW)

Beratung

10. Verschiedenes

gez. Erik Stohn
Vorsitzender

Anlage/n:

Zu TOP 1:

- 1.1 Liste der Anzuhörenden vom 05.05.2021
- 1.2 Fragenkatalog

Vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie ist die Durchführung von Ausschusssitzungen auch weiterhin nur unter Einschränkungen für die Öffentlichkeit möglich. Sitzungen werden im Livestream über die Website des Landtages www.landtag.brandenburg.de übertragen. Medienvertreterinnen und -vertreter haben nach Anmeldung bei der Pressestelle des Landtages Zutritt zu Ausschusssitzungen (E-Mail-Adresse: pressestelle@landtag.brandenburg.de).

Die Weitergeltung der strikt einzuhaltenden Abstandsregel ermöglicht die Anwesenheit der interessierten Öffentlichkeit in Ausschusssitzungsräumen derzeit noch nicht. Davon ausgenommen sind Ausschusssitzungen, die im Plenarsaal stattfinden. In diesem Fall werden Besucherinnen und Besucher gebeten, sich rechtzeitig beim Ausschusssekretariat unter der E-Mail-Adresse hauptausschuss@landtag.brandenburg.de anzumelden.

Der Landtag informiert auf seiner Website www.landtag.brandenburg.de fortlaufend zum Thema.

22. Sitzung des Hauptausschusses

Anhörung

„Studie zu aktuellen Lebenslagen von Menschen aus dem Land Brandenburg, die in der SBZ/DDR politisch verfolgt wurden oder Unrecht erlitten und deren mitbetroffenen Familien (Sozialstudie)“

Mittwoch, 12. Mai 2021, 11.00 Uhr, Landtag Brandenburg

Eingeladene Anzuhörende:

Prof. Dr. Jörg Frommer

Universität Magdeburg
Universitätsklinik für Psychosomatische Medizin
und Psychotherapie

Petra Morawe

Frank Hentschel

Dieter Dombrowski

Union der Opferverbände Kommunistischer Ge-
waltherrschaft e. V. (UOKG)

Tatjana Sterneberg

Vereinigung 17. Juni 1953 e. V.

Rüdiger Sielaff

Stasi-Unterlagen-Archiv Frankfurt (Oder)

Manina Miltz-Kulowatz

Landesamt für Soziales und Versorgung des Lan-
des Brandenburg

22. Sitzung des Hauptausschusses

Anhörung

„Studie zu aktuellen Lebenslagen von Menschen aus dem Land Brandenburg, die in der SBZ/DDR politisch verfolgt wurden oder Unrecht erlitten und deren mitbetroffenen Familien (Sozialstudie)“

Mittwoch, 12. Mai 2021, 11.00 Uhr, Landtag Brandenburg

Fragenkatalog:

1. Welche neuen Erkenntnisse hat die Studie zu Tage gefördert und wie bewerten Sie diese?
2. Welche Hilfestellungen in der Bewältigung des Alltags, hinausgehend über die bestehenden Strukturen, benötigen die Betroffenen?
3. Welche der Betroffenengruppen sind angesichts der Ergebnisse der Sozialstudie und aus Ihrer Sicht materiell und gesundheitlich am schlechtesten gestellt? Welche Ursachen haben aus Ihrer Erfahrung dazu geführt?
4. Welchen Handlungsbedarf sehen Sie im Bereich der materiellen Lebensgrundlagen ehemals politisch Verfolgter und von Systemunrecht Betroffener? Wie könnte Abhilfe geschaffen werden?
5. Was müsste verändert werden, damit bestehende verfolgungsbedingte Gesundheitsschäden gemildert und die Betroffenen nachhaltig entlastet werden?
6. Welche Ergebnisse der Studie fanden außerdem Ihre besondere Aufmerksamkeit und warum?
7. Wie ist angesichts der Studienbefunde der gesellschaftliche Prozess der Anerkennung und Unterstützung von Systemunrecht Betroffener zu bewerten, auch mit Blick auf die individuellen Rehabilitierungs- und Anerkennungsverfahren?
8. Wie kann der Zugang zu den für die Rehabilitierung erforderlichen Unterlagen verbessert werden?
9. Wie bewerten Sie den Vorschlag, die sogenannte „Opferrente“ in eine Ehrenrente umzuwandeln, die auf die Basis der Anerkennung als ehemalige politisch Verfolgte gestellt wird, um die Betroffenen von der ungerechtfertigten Einstufung als Empfänger von Sozialhilfe bzw. sozialer Hilfeleistungen freizustellen?

10. Wie können die Bedingungen für berechtigte Antragsteller auf Rehabilitation verbessert werden?
11. Wie sehen Sie die Möglichkeit einer Beweislastumkehr bei ehemaligen Inhaftierten und Heimkindern für die Anerkennung von gesundheitlichen Schäden?
12. Wie können die Rehabilitierungsverfahren verkürzt werden?
13. Wie bewerten Sie die Möglichkeit, den anerkannten Opfern politischer Verfolgung einen Ausweis auszustellen, um ihnen dauerhaften Zugang zu Vergünstigungen im ÖPNV und anderen öffentlichen bzw. kostenpflichtigen Einrichtungen zu ermöglichen?